

Teil I

FÖRDERUNGSVERTRAG

abgeschlossen zwischen der Republik Österreich, vertreten durch den **Bundesminister für Soziales, Gesundheit Pflege und Konsumentenschutz** in 1010 Wien, Stubenring 1, als Förderungsgeberin, im Folgenden Sozialministerium genannt,

und dem/der/die/das

Förderwerber

Adresse des Förderwerbers

als Förderungsnehmerin/Förderungsnehmer für die Durchführung von Projekten/Vorhaben im Bereich Programmname.

§ 1

Gewährung der Förderung

Aufgrund des Antrags vom Datum des Ansuchens erklärt sich das Sozialministerium bereit, eine Förderung nach Maßgabe der von der Bundesministerin für Finanzen/dem Bundesminister für Finanzen erlassenen Verordnung über „Allgemeine Rahmenrichtlinien für die Gewährung von Förderungen aus Bundesmitteln" (ARR 2014, BGBl. II Nr. 208/2014, in der jeweils geltenden Fassung) und der folgenden Förderungsauflagen und -bedingungen zu gewähren.

§ 2

Gegenstand der Förderung und förderbare Kosten

Die Förderung umfasst das Projekt/Vorhaben Antragsbeschreibung.

Diese Förderung wird für die Durchführung des gegenständlichen Projekts/Vorhabens und zur Deckung folgender Ausgaben gemäß Finanzplan gewährt:

Ausgaben für Personal- und Sachkosten, die der Vorbereitung, Durchführung, Nachbereitung und Unterstützung eines Auslandsfreiwilligendienstes dienen; dazu zählen insbesondere auch

zu GZ.

Aufwendungen für die Organisation und Abwicklung eines Programms zur pädagogischen Betreuung und Begleitung für die Teilnehmerinnen/Teilnehmer sowie für die Umsetzung eines Qualitätssicherungskonzeptes.

Die betraglichen Details können der Beilage 1 des gegenständlichen Förderungsvertrages entnommen werden.

Nicht in obiger Auflistung bzw. in der **Beilage 1** enthaltene Kostenpositionen sind nicht förderbar (für nachträglich bekannt gewordene Kostenpositionen oder die nachträgliche Überschreitung bestehender Kostenpositionen, die über die Grenzen des § 3 (2) hinaus gehen, ist eine Zusatzvereinbarung nach § 7 erforderlich).

Abweichend von den Inhalten des Antrags werden folgende Positionen von einer Förderung ausgeschlossen:

Notizen Vertrag: nicht förderbare Kosten

Aus dem gegenständlichen Förderungsvertrag kann im Falle seiner Vereinbarung kein Rechtsanspruch für weitere Förderungen abgeleitet werden.

§ 3

Projekt-/Vorhabenzeitraum und Höhe der Förderung

(1) **Die Gesamtfördersumme** für das Vorhaben (Jahrgang 20xx, Ausreisen 20xx) **beträgt** unter Berücksichtigung des § 4 Abs. 5 maximal **Vorgeschlagener Förderbetrag** (in Worten: **Vorgeschlagener Förderbetrag in Wortlaut Euro**).

Für das in § 2 beschriebene Projekt/Vorhaben gewährt das Sozialministerium für den Zeitraum vom Dienstantritt der Teilnehmerinnen/Teilnehmer eines Auslandsfreiwilligendienstes bis zum Dienstende dieses Auslandseinsatzes pro förderungswürdiger Person (§ 4) einen Zuschuss in Höhe von maximal 720,00 EUR (in Worten: SiebenhundertzwanzigKommaNull Euro) pro Einsatzmonat. Ein kürzer als sechs Monate und länger als zwölf Monate dauernder Einsatz im Ausland ist nicht förderbar. Bei der Fördersumme von 720 EUR pro Einsatzmonat handelt es sich um eine Rechengröße, die sich weder durch eine Überschreitung des Finanzplanes, noch durch die der Förderungsnehmerin/dem Förderungsnehmer entstandenen Finanzierungskosten und die von ihr/ihm zu tragenden Umsatzsteuer, noch durch irgendeinen sonstigen Umstand erhöht und auch keinerlei Wertsicherung unterliegt.

(2) Überschreitungen bei den Personalausgaben generell, Umschichtungen zu neuen (nicht im Finanzplan enthaltenen) Ausgabenpositionen bedürfen einer Zusatzvereinbarung gemäß § 7.

zu GZ.

(3) Nach Ende der Laufzeit der Förderung bestehen aber Pflichten aus dem Förderungsvertrag weiter, insbesondere Nachweis-, Berichts- Aufbewahrungspflichten.

§ 4

Besondere Förderungsbedingungen

1) Die besonderen Förderungsbedingungen knüpfen an den Status der teilnehmenden Person an. Voraussetzung für den Anspruch auf finanzielle Zuwendungen ist der Besitz der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines durch zwischenstaatliche Vereinbarung gleichgestellten Staates und der vor Beginn eines Auslandsfreiwilligendienstes wenigstens ein Jahr vorliegende Wohnsitz im Bundesgebiet.

(2) Der Förderungsnehmer/Die Förderungsnehmerin (Trägerorganisation) verpflichtet sich, sämtliche gesetzliche **Verschwiegenheitspflichten** einzuhalten und alle im Rahmen des Projektes/Vorhabens erlangten Kenntnisse geheim zu halten und nicht zu verwerthen. Überdies verpflichtet sich der Förderungsnehmer/die Förderungsnehmerin, diese Verschwiegenheitspflichten auch allen anderen von ihm/ihr zur Abwicklung der Förderungen herangezogenen Personen zu überbinden (Muster einer Verpflichtungserklärung siehe www.freiwilligenweb.at > Service > Downloads). Diese Geheimhaltungspflicht gilt nicht für Unterlagen und Informationen, die nachweislich allgemein bekannt sind oder allgemein bekannt werden, ohne dass dies vom Fördernehmer/von der Fördernehmerin zu vertreten ist.

(3) Förderung von **Verpflegungskosten**:

3.1 Ist die Kaufkraft des Euro am Einsatzort im Ausland gleich oder höher als in Wien gilt:

Die Verpflegungskosten für die Teilnehmerinnen/Teilnehmer sind mit einem Pauschalbetrag **bis zu 30%** des maximalen Förderbetrages von 720 EUR/Monat **ohne den Nachweis von Belegen förderbar**.

3.2 Ist die Kaufkraft des Euro am Einsatzort im Ausland geringer als in Wien gilt:

Ohne den Nachweis von Belegen sind 30% von 720 EUR/Monat (das sind 216 EUR/Monat) förderbar. Für darüber hinaus gehende Verpflegungskosten gebührt den Teilnehmerinnen/Teilnehmern zusätzlich eine monatliche Kaufkraftausgleichszahlung.

Die Höhe dieser Ausgleichszahlung wird auf Grundlage der monatlich verlautbarten Verordnung des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten

zu GZ.

„Festsetzung von Hundertsätzen für die Bemessung von Kaufkraftausgleichszulagen für im Ausland verwendete Beamte und Vertragsbedienstete des Bundes“ berechnet (siehe beispielsweise für März 2019: BGBl. II Nr. 64/2019 vom 5. März 2019).

Für die dort angeführten Dienstorte im Ausland sind Prozentsätze festgesetzt. Diese sind auf den maximalen Förderbetrag von 720 EUR/Monat anzuwenden. Der so errechnete Betrag multipliziert mit der Anzahl der Einsatzmonate ergibt die zusätzliche Kaufkraftausgleichszahlung. Dieser Betrag ist - ebenso wie die 30%-Pauschale - ohne den Nachweis von Belegen förderbar. Darüber hinaus gehende Kosten sind durch die Vorlage von Originalbelegen nachzuweisen.

Sollte der Einsatzort in den jeweiligen Verordnungen der Bundesministerin/des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten nicht angeführt sein, so ist ein der Einsatzstelle geographisch naheliegender, vergleichbarer Dienstort für die Berechnung heranzuziehen. Stichtag (Monat) für die Berechnung ist der dafür im Jahr vor Beginn des Einsatzes mit Verordnung kundgemachte Prozentsatz.

(4) Für **Mobilitätskosten** der Teilnehmerinnen/Teilnehmer am Einsatzort ist ein Pauschalbetrag bis zu **15%** des maximalen Förderbetrages von 720 EUR/Monat ohne den Nachweis von Belegen förderbar.

(5) Der **Vertragszeitraum** für einen Auslandsfreiwilligendienst beinhaltet auch Leistungen, die im Zusammenhang mit dem Programm zur pädagogischen Betreuung und Begleitung (Vor- und Nachbereitung des Einsatzes) als Teilaspekt eines freiwilligen Engagements im Ausland erbracht werden. **Förderbar** sind Leistungen, die anlässlich der **Vorbereitung des Einsatzes** in einem Zeitraum von **längstens zwölf Monaten vor dem Dienstantritt eines Auslandsfreiwilligendienstes** erbracht werden.

Für Leistungen, die im Zuge der **Nachbereitung des Einsatzes** erbracht werden, gilt ein Zeitraum **bis längstens sechs Monate nach Dienstende dieses Auslandseinsatzes**, um als förderbare Leistung anerkannt zu werden.

(6) Um einerseits auf die – je nach Einsatzland – **unterschiedlichen Lebenshaltungskosten** flexibel reagieren zu können und andererseits bei gegebenen Zuwendungen eine höhere Anzahl von Entsendungen zu ermöglichen, ist die Förderungsnehmerin/der Förderungsnehmer ermächtigt, im Wege eines internen Verteilungsschlüssels einzelne Kostenpositionen des genehmigten Projekt-/Vorhabensbudgets im **Bereich der Sachkosten** für einzelne Teilnehmerinnen/Teilnehmer um jeweils bis zu **50%** zu überschreiten, falls die Überschreitung durch Einsparungen bei anderen Teilnehmerinnen/Teilnehmern bedeckt ist und sich der Gesamtförderungsbetrag des Projekts/Vorhabens (des Jahrganges) nicht erhöht und die Erreichung des zu erzielenden Erfolges/der zu erzielenden Wirkung nicht gefährdet wird. Umschichtungen zu neuen, im gegenständlichen Förderungsvertrag nicht enthaltenen (vorgesehenen/genehmigten) Ausgabenpositionen sind nicht zulässig.

(7) Für die Förderung von **Reisekosten im Ausland** (Hin- und Rückreise der Teilnehmer/innen zu/von der Einsatzstelle) sind die Bestimmungen der Reisegebührevorschrift 1955, BGBl. Nr.

zu GZ.

133/1955 nicht anzuwenden. Für die Auszahlung dieser Förderungen gilt § 5 Absatz 1 des Förderungsvertrages.

(8) Der mit Bescheid der Bundesministerin/des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz anerkannte Träger kann beim Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz unter **Bekanntgabe der Anzahl der Teilnehmerinnen/Teilnehmer des folgenden Jahrganges ein Ansuchen auf Gewährung einer Förderung** aus Mitteln des Sozialministeriums stellen (Formular Förderansuchen gemäß § 23 ARR 2014).

§ 5

Auszahlung der Förderung

(1) Die Auszahlung der Förderung erfolgt insoweit, als es sich um förderbare Kosten handelt sowie nach Prüfung der Voraussetzungen und Erfüllung der mit dem Förderungsvertrag verbundenen Auflagen und Bedingungen.

(2) Es ist vorgesehen, die Förderung in Anzahl der Positionen aus dem Antrag Tranche(n), nach Erfüllung der nachstehenden Bedingungen und Vorlage und Annahme der geforderten (Zwischen-)Berichte auszuzahlen:

Positionen des Antrags

(3) Die Förderung bzw. vereinbarte Teilzahlungen werden auf das im Antrag angeführte Bankkonto, IBAN:Bankverbindung IBAN und BIC: Bankverbindung BIC angewiesen.

(4) Es sind alle im Zusammenhang mit der Förderabwicklung verbundenen Ausgaben und Einnahmen auf einer speziellen nur für das Projekt/Vorhaben eingerichteten **Kostenstelle** im Rechnungswesen der Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers (oder in einer ähnlichen Form eindeutig) abzubilden.

(5) Das Sozialministerium behält sich vor, die Auszahlung einer Förderung aufzuschieben, wenn und solange Umstände vorliegen, welche die ordnungsgemäße Durchführung des Projekts/Vorhabens nicht gewährleistet erscheinen lassen oder Umstände gemäß § 22 des gegenständlichen Vertrages eintreten. Den Nachweis für den Wegfall dieser Umstände hat die Förderungsnehmerin/der Förderungsnehmer zu erbringen.

(6) Für den Fall, dass Förderungsmittel nicht unmittelbar nach ihrer Überweisung an die Förderungsnehmerin/den Förderungsnehmer für fällige Zahlungen im Rahmen des Förderungszweckes verwendet werden oder verwendet werden können, sind diese von der Förderungsnehmerin/vom Förderungsnehmer auf einem gesonderten Konto oder Subkonto einer Bank **bestmöglich anzulegen**. Die angefallenen Zinsen werden auf die Förderung angerechnet.

§ 6

Berichtspflichten

(1) Die Förderungsnehmerin/Der Förderungsnehmer hat dem Sozialministerium einen **Endbericht** (im Format Word oder als PDF-Dokument) über die Durchführung des Projekts/Vorhabens unter Vorlage eines Verwendungsnachweises, bestehend aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis **nach Beendigung des Auslandsfreiwilligendienstes** (Entsendungen des Jahrgangs 20xx) **unter Einbeziehung der Nachbereitung des Einsatzes plus längstens acht Monate** zu übermitteln.

(2) Aus dem **Sachbericht** müssen insbesondere die Verwendung der aus Bundesmitteln gewährten Förderung, der Nachweis über die Durchführung des geförderten Projekts/Vorhabens sowie die dadurch **erzielte Wirkung** hervorgehen.

(3) Der Sachbericht ist in **geschlechtergerechter Sprache** abzufassen. Aus dem Sachbericht muss hervorgehen, ob bei der Durchführung des Projekts/Vorhabens „genderspezifische“ Aspekte berücksichtigt wurden und welche (allenfalls unterschiedlichen) Auswirkungen die Durchführung des Projekts/Vorhabens auf Frauen und Männer hat.

(4) Wurde in § 5 des gegenständlichen Förderungsvertrages die Vorlage von **Zwischenberichten** vorgesehen, so haben diese Zwischenberichte eine **kurze und aussagekräftige Darstellung** der Umsetzung im Rahmen des gegenständlichen Projekts/Vorhabens zu enthalten sowie auf Abweichungen zur vertragsgemäßen Umsetzung hinzuweisen. Hinsichtlich des **zahlenmäßigen Nachweises sind die Ausgaben und Einnahmen** des gegenständlichen Projekts/Vorhabens **darzustellen** und den geplanten Ausgaben und Einnahmen für das Gesamtprojekt/Gesamtvorhaben gegenüber zu stellen. Hierfür ist das in der Anlage beigeschlossene Formular **„Projekt-/Vorhabensabrechnung, Beilage 3“** (anzugeben sind bei Zwischenberichten nur Gesamtsummen) zu verwenden.

(5) Die Berichterstattung, einschließlich des zahlenmäßigen Nachweises, hat sich stets auf das **gesamte Projekt/Vorhaben** zu erstrecken. Hat die Förderungsnehmerin/der Förderungsnehmer für denselben Verwendungszweck auch eigene finanzielle Mittel eingesetzt oder **von einem anderen Rechtsträger** oder auch von einem anderen anweisenden Organ desselben Rechtsträgers finanzielle Mittel erhalten, so hat der zahlenmäßige Nachweis auch diese zu umfassen.

(6) Der **zahlenmäßige Nachweis** muss eine durch Originalbelege nachweisbare Aufgliederung aller mit dem geförderten Projekt/Vorhaben zusammenhängenden **Einnahmen und Ausgaben** umfassen. Für diesen zahlenmäßigen Nachweis ist das beiliegende Formular **„Projekt-/Vorhabensabrechnung, Beilage 3“** zu verwenden. **Die Vorhabensabrechnung ist sowohl für das gesamte Vorhaben (Jahrgang) als auch gesondert für jede Teilnehmerin/jeden Teilnehmer zu erstellen.**

zu GZ.

Darüber hinaus ist der letzte **genehmigte Rechnungsabschluss** der Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers im Rahmen der Berichterstattung (sofern nicht schon bei der Antragstellung erfolgt) vorzulegen. Erstreckt sich die gewährte Förderung über einen längeren Zeitraum, dann sind alle diesen Förderungszeitraum umfassenden Rechnungsabschlüsse vorzulegen.

(7) Dem Sozialministerium ist die widmungsgemäße Verwendung des Förderungsbetrages durch Vorlage von **Originalrechnungen** mit den dazugehörigen **Originalzahlungsbestätigungen**, die in zeitlichem und sachlichem Zusammenhang mit der gewährten Förderung stehen, unter Verwendung des beigeschlossenen Formulars „**Beleglisten, Beilage 4**“ nachzuweisen. Für die Kostenart „Verpflegungskosten am Einsatzort“ ist der Pauschalbetrag der Kosten für die Verpflegung der Teilnehmerinnen/Teilnehmer für die Gesamtdauer der Dienstleistung im Ausland anzuführen. Eine zahlenmäßige Aufgliederung der Verpflegungsaufwendungen für die Teilnehmerinnen/Teilnehmer (Abrechnung) und deren Nachweis durch Originalbelege kann für diese Kostenart entfallen (siehe insbesondere § 4 Abs. 3). Nähere Details zur Abrechnung sind dem **Teil II, „Allgemeine Vertragsbestimmungen“** zu entnehmen.

(8) In den **zahlenmäßigen Nachweis** (Verwendungsnachweis) können nur **Rechnungen** einbezogen werden, die sich auf die in der Zeit des Auslandsfreiwilligendienstes (Einsatz im Ausland) sowie im Zusammenhang des Programms zur pädagogischen Betreuung und Begleitung (Vor- und Nachbereitung des Einsatzes) in Auftrag gegebenen und erbrachten Leistungen beziehen und **deren Bezahlung** in der Zeit bis längstens **nach Ende des Vertragszeitraumes plus drei Monate** erfolgt ist.

§ 7

Änderungen

(1) Das Sozialministerium ist berechtigt, neue oder zusätzliche Bedingungen und Auflagen zur Erreichung des Förderungszweckes zu verlangen, wenn nachträglich besondere Umstände eine Änderung der vereinbarten Vertragsbestimmungen (insbesondere Bedingungen und Auflagen) es erfordern. Hierüber wird mit der Förderungsnehmerin/dem Förderungsnehmer eine entsprechende schriftliche Zusatzvereinbarung getroffen. Kann eine solche Zusatzvereinbarung nicht getroffen werden, liegt ein Einstellungs- und Rückforderungsgrund unter sinngemäßer Anwendung des § 22 vor.

(2) Erklärt die Förderungsnehmerin/der Förderungsnehmer, das Projekt/Vorhaben abändern zu wollen, hat das Sozialministerium die Wahl, dieser Abänderung zuzustimmen, ihren Förderungsvertrag zurückzuziehen oder vom Förderungsvertrag zurückzutreten.

§ 8

Gerichtsstand

Als Gerichtsstand wird in allen aus der Gewährung der Förderung entstehenden Rechtsstreitigkeiten ausschließlich das jeweils sachlich zuständige Gericht in Wien vereinbart. Es gilt ausschließlich österreichisches Recht unter Ausschluss der Verweisungsnormen, sodass jedenfalls österreichisches Recht anwendbar ist.

§ 9

Bestandteile des Förderungsvertrages

- (1) Der Antrag vom Datum des Ansuchens und dessen Finanzplan sowie der beiliegende Teil II „Allgemeine Vertragsbestimmungen“ bilden einen integrierenden Bestandteil dieses Vertrages.

- (2) Im Falle von Widersprüchen gelten in folgender Reihenfolge vorrangig die speziellen Regelungen des § 4, dann die übrigen Bestimmungen des Teiles I „Förderungsvertrag“, danach der beigeheftete Teil II „Allgemeine Vertragsbestimmungen“ und dann der Antrag.

Teil II

Allgemeine Vertragsbestimmungen

§ 10

Schriftlichkeit

Verbindlich für beide Vertragspartner ist nur, was schriftlich vereinbart ist (§§ 884, 886 ABGB). Auch Änderungen und Ergänzungen des Förderungsvertrages bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Schriftform.

§ 11

Auflagen und Bedingungen

(1) Die Förderungsnehmerin/Der Förderungsnehmer erklärt, dass

- (a) sie/er über die zur Durchführung des Projekts/Vorhabens notwendigen fachlichen und organisatorischen Voraussetzungen verfügt und
- (b) **unter Einrechnung der zugesagten Förderungsmittel die Finanzierung des gegenständlichen Projekts/Vorhabens sichergestellt ist;**
- (c) sie/er das Gleichbehandlungsgesetz, BGBl. I Nr. 66/2004, in der jeweils geltenden Fassung, (Anmerkung: gilt nur sofern es sich um die Förderung eines Unternehmens handelt) beachten wird, und das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz, BGBl. I Nr. 82/2005, sowie das Diskriminierungsverbot gemäß § 7b Behinderteneinstellungsgesetz, BGBl. I, Nr. 22/1970, beide in der jeweils geltenden Fassung, berücksichtigen wird;
- (d) sie/er das Sozialministerium im Fall eines Schlichtungsverfahrens oder eines Gerichtsverfahrens nach dem Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz umgehend darüber informieren wird;
- (e) Veranstaltungen, die vom Sozialministerium finanziell unterstützt werden, für Menschen mit Behinderungen barrierefrei zugänglich sind;
- (f) sie/er im Rahmen seiner/ihrer betriebsinternen Qualitätssicherungssysteme Maßnahmen der Gewaltprävention regeln wird. Regelungen über den Umgang mit allfälligen Vorwürfen betreffend Ausbeutung, Gewalt, Belästigung und Missbrauch im Rahmen der Betriebsabläufe vorsehen wird, mindestens eine Mitarbeiterin/einen Mitarbeiter im

zu GZ.

laufenden Vertragsjahr Fortbildungsmaßnahmen über Menschenrechte, die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und Maßnahmen der Gewaltprävention besuchen wird, und die Inhalte im Bereich der Maßnahmenträgerin/des Maßnahmenträgers weitertragen wird, und im Falle mehrere aufeinanderfolgender Vertragsjahre entsprechende Fortbildungen mindestens alle drei Jahre durch mindestens eine Projekt-/Vorhabensmitarbeiterin/einen Projekt-/Vorhabensmitarbeiter absolviert wird. Die Bestimmung der lit. f) gilt nur für Förderungen über einem Gesamtbetrag von mehr als **EUR 50.000,- pro Jahr** und Förderungsnehmerinnen/Förderungsnehmern mit mehr als 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

(2) Die Förderungsnehmerin/Der Förderungsnehmer hat

- (a) mit der Durchführung des Projekts/Vorhabens gemäß dem vereinbarten Zeitplan, ansonsten unverzüglich nach Gewährung der Förderung zu beginnen, ohne unnötigen Verzug durchzuführen und innerhalb der vereinbarten, ansonsten innerhalb einer angemessenen Frist abzuschließen;
- (b) dem Sozialministerium alle Ereignisse, welche die Durchführung des geförderten Projekts/Vorhabens verzögern, erschweren oder unmöglich machen oder eine Abänderung gegenüber dem Antrag oder den vereinbarten Auflagen oder Bedingungen erfordern würden, unverzüglich und aus eigener Initiative anzuzeigen und seinen/ihren Mitteilungspflichten jeweils unverzüglich nachzukommen;
- (c) bei der Durchführung des geförderten Projekts/Vorhabens die Grundsätze der **Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit** zu beachten und die Förderungsmittel wirtschaftlich, sparsam und nur für den Zweck zu verwenden, für den sie gewährt wurden. Die **Preisangemessenheit** der im Rahmen der Förderung getätigten Ausgaben ist in allen Fällen sicher zu stellen. Verstöße gegen diesen Grundsatz **können** dazu führen, dass im Rahmen der Abrechnung eingereichte Belege nicht oder nicht in vollem Umfang anerkannt werden.

(3) Die Förderungsnehmerin/Der Förderungsnehmer bestätigt, dass sie/er das Projekt/Vorhaben nicht ohne die im gegenständlichen Vertrag vereinbarte öffentliche Förderung durchführen könnte. Sofern nicht bereits im Antrag angegeben, hat die Förderungsnehmerin/der Förderungsnehmer die Höhe jener Mittel bekannt zu geben, um deren Gewährung sie/er für dasselbe Projekt/Vorhaben, wenn auch mit verschiedener Zweckwidmung, bei einem anderen Organ des Bundes, der Europäischen Union oder einem anderen Rechtsträger einschließlich anderer Gebietskörperschaften angesucht hat oder ansuchen will oder die ihr/ihm von diesem bereits gewährt oder in Aussicht gestellt wurden, sowie alle Stellen anzuführen, welche die

zu GZ.

Förderung des Projekts/Vorhabens abgelehnt haben. Die Mitteilungspflicht umfasst auch jene Förderungen, um die die Förderungsnehmerin/ der Förderungsnehmer nachträglich ansucht.

Alle nach erfolgter Bewilligung getroffenen **Förderentscheidungen anderer Stellen** zum gegenständlichen Projekt/Vorhaben sind ebenfalls unverzüglich dem Sozialministerium schriftlich bekannt zu geben. Diese Mitteilungspflicht besteht bis zur vollständigen Abrechnung des gegenständlichen Projekts/Vorhabens.

(4) Bei allen Aktivitäten mit Öffentlichkeitswirkung ist auf die Gewährung der Förderung des Sozialministeriums hinzuweisen. Die Förderungsnehmerin/Der Förderungsnehmer hat insbesondere bei schriftlichen Veröffentlichungen an gut sichtbarer Stelle den Hinweis „Gefördert aus Mitteln des Sozialministeriums“ sowie das Logo des Sozialministeriums anzubringen. Das Sozialministerium behält sich vor, das geförderte Projekt/Vorhaben in einer Kurzversion auf eine seiner Websites zu stellen.

(5) In Publikationen der Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers ist auf die Verwendung einer **geschlechtergerechten Sprache** zu achten.

(6) Referentinnen und Referenten, Vortragende usw. sind bei vom Sozialministerium unterstützten Veranstaltungen darauf hinzuweisen, in Ihren Vorträgen und Unterlagen eine „gendergerechte“ Sprache zu verwenden.

§ 12

Einsichtnahme vor Ort

Die Förderungsnehmerin/Der Förderungsnehmer hat den Organen oder Beauftragten des Bundes (oder einer von diesem beauftragten Abwicklungsstelle) und der EU Einsicht in ihre/seine Bücher und Belege sowie in sonstige der Überprüfung der Durchführung des Projekts/Vorhabens dienende Unterlagen - alle jeweils grundsätzlich im Original - bei sich selbst oder bei Dritten und die Besichtigung an Ort und Stelle zu gestatten, ihnen die erforderlichen Auskünfte zu erteilen und erteilen zu lassen und hiezu eine geeignete Auskunftsperson bereitzustellen (dies umfasst auch die Einholung von Auskünften - insbesondere Bonitätsauskünften - bei Dritten). Über den jeweiligen Zusammenhang dieser Unterlagen mit dem Projekt/Vorhaben entscheidet das Prüforgan.

§ 13

Aufbewahrungspflicht

Alle Bücher und Belege sind - unter Vorbehalt der Verlängerung der Aufbewahrungsfrist durch das Sozialministerium in begründeten Fällen - **zehn Jahre** ab dem Ende des Jahres der Auszahlung der

zu GZ.

gesamten Förderung sicher und geordnet aufzubewahren. Dabei können zur Aufbewahrung grundsätzlich auch eigene Bild- und Datenträger verwendet werden, wenn die vollständige, geordnete, inhaltsgleiche, urschriftgetreue und überprüfbare Wiedergabe bis zum Ablauf der Aufbewahrungsfrist jederzeit gewährleistet ist. In diesem Fall hat die Förderungsnehmerin/der Förderungsnehmer auf ihre/seine Kosten alle Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen, die notwendig sind, um die Bücher, Belege und sonstigen Unterlagen lesbar zu machen und, soweit erforderlich, ohne Hilfsmittel lesbare dauerhafte Wiedergaben beizubringen sowie bei Erstellung von dauerhaften Wiedergaben diese auf Datenträgern zur Verfügung zu stellen.

§ 14

Auftragsvergaben

Bei der Vergabe von Aufträgen für Lieferungen und Dienstleistungen ist es das Ziel - unbeschadet der Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes 2018, BGBl. I Nr. 65/2018, (BVergG 2018) in der jeweils geltenden Fassung – ab einem Auftragswert von mehr als **EUR 5.000,-** (excl. USt.) zu Vergleichszwecken mindestens **drei Angebote oder drei unverbindliche Preisauskünfte zeitgleich einzuholen. Unter EUR 5.000,-** (excl. USt.) kommt § 11 Abs. 2 lit (c) (Preisangemessenheit) des Vertrages zur Anwendung.

Um die Vergleichbarkeit der eingeholten Angebote oder Preisauskünfte sicher zu stellen, ist eine Leistungsbeschreibung notwendig, die der Einladung an die in Aussicht genommenen Unternehmen anzuschließen ist. Sollten in besonderen Fällen aus zwingenden Gründen weniger als drei Angebote oder Preisauskünfte eingeholt werden können (z.B. weil die betreffende Leistung nur von einem einzigen Unternehmen erbracht werden kann), so ist hierfür eine schlüssige und nachvollziehbare Begründung zu erbringen und schriftlich zu dokumentieren.

Für eine Dokumentation der eingeholten Informationen ist in allen Fällen zu sorgen. Das Sozialministerium ist im Rahmen der Abrechnung berechtigt, diese Vergabedokumentationen anzufordern (siehe auch § 11 Abs. 2 lit. (c)).

§ 15

Abtretung und Verpfändung

Über den Anspruch aus einer gewährten Förderung darf weder durch Abtretung, Anweisung oder Verpfändung noch auf andere Weise verfügt werden. Eine Abtretung, Anweisung, Verpfändung oder andere Verfügung von Ansprüchen aus dem gegenständlichen Förderungsvertrag ist dem Bund gegenüber unwirksam.

§ 16

Personenbezogene Daten (Datenverarbeitung)

(1) Die Förderungsnehmerin/Der Förderungsnehmer bzw. die im Förderansuchen genannten natürlichen Personen nehmen zur Kenntnis, dass das Sozialministerium auf Grundlage der Bestimmungen des Art 6 Abs. 1 lit. b bzw. c der Verordnung (EU) 2016/679 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung), ABl. Nr. L 119 vom 4.5.2016, berechtigt ist,

- (a) die im Zusammenhang mit der Anbahnung und Abwicklung des Vertrages anfallenden personenbezogenen Daten zu verwenden, wenn dies für den Abschluss und die Abwicklung des Förderungsvertrages, für Kontrollzwecke und die Wahrnehmung der der haushaltsführenden Stelle gesetzlich übertragenen Aufgaben erforderlich ist;
- (b) die für die Beurteilung des Vorliegens der Förderungsvoraussetzungen und zur Prüfung des Verwendungsnachweises erforderlichen personenbezogenen Daten über die von der Förderungsnehmerin/dem Förderungsnehmer selbst erteilten Auskünfte hinaus auch durch Rückfragen bei den in Betracht kommenden anderen Organen des Bundes oder bei einem anderen Rechtsträger, der einschlägige Förderungen zuerkennt oder abwickelt, oder bei sonstigen Dritten zu erheben und an diese zu übermitteln, wobei diese wiederum berechtigt sind, die für die Anfrage erforderlichen personenbezogenen Daten zu verarbeiten und Auskünfte zu erteilen;
- (c) Transparenzportalabfragen gemäß § 32 Abs. 5 Transparenzdatenbankgesetz 2012 (TDBG 2012), BGBl. I Nr. 99/2012 durchzuführen.

(2) Sofern für den Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung der Förderungsmittel die Verwendung personenbezogener Daten erforderlich ist, ist die Förderungsnehmerin/der Förderungsnehmer verpflichtet, die diesbezüglichen personenbezogenen Daten zu übermitteln.

(3) Die Förderungsnehmerin/der Förderungsnehmer bzw. die im Förderansuchen genannten natürlichen Personen nehmen zur Kenntnis, dass es dazu kommen kann, dass Daten insbesondere an Organe und Beauftragte des Rechnungshofes (insbesondere gemäß § 3 Abs. 2, § 4 Abs. 1 und § 13 Abs. 3 des Rechnungshofgesetzes 1948, BGBl. Nr. 144), des Bundesministeriums für Finanzen (insbesondere gemäß §§ 47 und 57 bis 61 BHG 2013, BGBl. I Nr. 139/2009, sowie § 14 ARR 2014) und der EU nach den EU-rechtlichen Bestimmungen übermittelt oder offengelegt werden müssen.

(4) Die Förderungsnehmerin/der Förderungsnehmer bestätigt, dass die Offenlegung von personenbezogenen Daten natürlicher Personen gegenüber dem Sozialministerium in

zu GZ.

Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung), ABl.Nr. L 119 vom 4.5.2016 S. 1 (DSGVO) und des Bundesgesetzes zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz – DSG), StF: BGBl. I Nr. 165/1999 igF, erfolgt und die betroffenen Personen von der Förderungsnehmerin/dem Förderungsnehmer über die Datenverarbeitung des Sozialministeriums oder der Abwicklungsstelle informiert wurden.

(5) Welche personenbezogenen Daten vom Sozialministerium verarbeitet werden, ist in Pkt. 2 der „**Information zur Datenverarbeitung (Datenverarbeitungsauskunft)**“ geregelt. Die Förderungsnehmerin/Der Förderungsnehmer bestätigt, die als Beilage angeschlossene Information zur Datenverarbeitung (Datenverarbeitungsauskunft) erhalten und zur Kenntnis genommen zu haben. Die Datenverarbeitungsauskunft bildet einen integrierenden Bestandteil des Förderungsvertrages.

§ 17

Inhalt von Berichten und Rechnungslegung

(1) Den Berichten gemäß § 6 muss die zielgerichtete Verwendung der aus Mitteln des Sozialministeriums gewährten Förderung sowie die erzielte Wirkung nachvollziehbar zu entnehmen sein. Sie müssen der Beschreibung im Antrag folgen, auf die dort genannten Indikatoren auch im Hinblick auf die mit der Förderung erzielte Wirkung Bezug nehmen und insbesondere enthalten:

- (a) Darstellung der Tätigkeiten und Bewertung der Ergebnisse im Berichtszeitraum einschließlich eventueller Abweichungen vom Antrag;
- (b) Analyse des Standes des Projekts/Vorhabens hinsichtlich dessen erzielter Wirkung;
- (c) Hinweis auf notwendige Änderungen oder Ergänzungen des Projekts/Vorhabens.

(2) Die Berichte gemäß § 6 müssen genderspezifischen Aspekte, die bei der Durchführung des Projekts/Vorhabens zu berücksichtigen sind, auf folgende Weise Rechnung tragen:

- (a) Die Berichte über die Zielgruppen, auf welche das Projekt/Vorhaben ausgerichtet ist, sind gesondert nach Geschlecht zu erstellen.
- (b) Nach Möglichkeit ist in den Berichten die Inanspruchnahme der Budgetmittel getrennt nach Geschlecht zu erfassen.

zu GZ.

(c) In den Berichten sind die geschlechtsspezifischen Wirkungen des Projekts/Vorhabens gesondert nach Geschlecht darzustellen.

(3) Die Förderungsnehmerin/Der Förderungsnehmer hat bei ihrer/seiner Rechnungslegung die für Unternehmen/Vereine bestehenden Regeln über die Rechnungslegung zu beachten und mit der „Sorgfalt eines ordentlichen Unternehmens“ anzuwenden. Rechnungen müssen den Formalerfordernissen der Rechnungslegung im Sinne des § 11 Umsatzsteuergesetz 1994 (UStG) entsprechen.

(4) Die Darstellung der durch Belege nachgewiesenen Kostenpositionen der Einnahmen und Ausgaben **muss dem genehmigten Finanzplan** (§ 2) entsprechen, der Bestandteil des Vertrages ist. Sämtliche als Nachweis dienende Belege sind **grundsätzlich im Original** vorzulegen. Als Nachweis gelten nur solche Belege, die auf den **Namen der Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers** lauten und aus denen klar ersichtlich ist, dass sie unmittelbar mit der Durchführung des Projekts/Vorhabens im Zusammenhang stehen. Belege auf denen der Hinweis auf die Förderungsnehmerin/den Förderungsnehmer fehlt, können nicht als Verwendungsnachweis anerkannt werden.

Ausgenommen davon sind **Kleinbetragsrechnungen** unter einem Betrag von EUR 400,- inkl. Umsatzsteuer. In diesem Fall genügt die Angabe des Bruttobetrages (Entgelt samt Steuerbetrag) und des Steuersatzes (§ 11 Abs. 6 UStG). Ein Hinweis auf das Projekt/Vorhaben in dem die Sachgüter verwendet werden ist auf dem Beleg anzubringen. **Eigenbelege** der Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers oder mündliche bzw. schriftliche Bestätigungen Dritter **gelten nicht als anerkannter Beleg**.

(5) Rechnungen und Zahlungsbeweise, welche in einer **Fremdsprache** (ausgenommen davon Englisch und Französisch) abgefasst sind, können zur Abrechnung der Förderung nur dann anerkannt werden, wenn dem Beleg eine Übersetzung beiliegt, die entweder von einer gerichtlich beeideten Dolmetscherin/einem gerichtlich beeideten Dolmetscher ausgeführt oder von einem **zeichnungsberechtigten Organ** der Förderungsnehmerin/ des Förderungsnehmers autorisiert wurde. Dem Nachweis über Barzahlungen in fremder Währung muss ferner ein Bankbeleg über den Ankauf ausländischer Zahlungsmittel angeschlossen sein.

(6) Die Förderungsnehmerin/Der Förderungsnehmer hat für die gemäß Finanzplan anzuschaffenden Gegenstände und/oder zu erbringenden Dienstleistungen keine höheren als die branchen- oder ortsüblichen Preise oder Vergütungen zu verrechnen. **Rabatte, Skonti** und dergl. sind von der Förderungsnehmerin/vom Förderungsnehmer in Anspruch zu nehmen und in die Verrechnung einzubeziehen.

zu GZ.

(7) Das Sozialministerium behält sich vor, die Originalbelege mit einem entsprechenden Vermerk zu entwerten.

§ 18

Einnahmen und/oder Förderung durch Dritte

(1) Einnahmen die aus dem gegenständlichen Projekt/Vorhaben erzielt werden und die im eingereichten/genehmigten Finanzplan nicht oder nicht in diesem Ausmaß enthalten waren, sind auf der gleichen Kostenstelle (oder in einer ähnlichen Form eindeutig) wie die Ausgaben zu verbuchen, im Rahmen der Abrechnung des Projekts/Vorhabens zu berücksichtigen und **reduzieren** die förderfähigen Gesamtkosten des Projekts/Vorhabens.

Gleiches gilt für nachträglich gewährte Förderungen (Zuschüsse oder sonstige Zuwendungen) anderer Rechtsträger zum gegenständlichen Projekt/Vorhaben (§ 25 Abs. 7 ARR 2014).

(2) Die Förderung kann gekürzt bzw. die bereits ausbezahlten Beträge zurückgefordert werden, wenn die Förderungsnehmerin/der Förderungsnehmer nach Abschluss des Förderungsvertrages von einem anderen Organ des Bundes oder einem anderen Rechtsträger einschließlich anderer Gebietskörperschaften eine Förderung für dasselbe Projekt/Vorhaben, auch mit unterschiedlicher Zweckwidmung, erhält oder eine höhere als die vereinbarte Eigenleistung erbringt oder erbringen kann. In diesen Fällen kann die Förderung auf jene Höhe gekürzt werden, die gewährt worden wäre, wäre der Umstand zum Zeitpunkt des Abschlusses des Förderungsvertrages bereits bekannt gewesen. In diesem Ausmaß können auch bereits ausbezahlte Beträge zurückgefordert werden.

(3) Die Förderungsnehmerin/Der Förderungsnehmer bestätigt hiermit, dass die aus De-minimis-Programmen erhaltenen Beihilfen in den letzten drei Steuerjahren die jeweils gültige De-minimis-Obergrenze nicht überschritten haben.

§ 19

Zahlungsnachweise

Als solche werden anerkannt:

(a) Bei **Sachausgaben** Erlagschein oder Bankabschnitt, Überweisungsauftrag, Saldierungsvermerk mit Datum und Unterschrift, Kassenbeleg, Empfangsbestätigung usw. Bei der Verwendung von Telebanking (Electronic Banking) sind die jeweiligen Kontostandsausdrucke beizulegen und der jeweils betreffende Betrag auf geeignete Weise zu markieren.

zu GZ.

Jedem Abrechnungsbeleg (Rechnung) ist der Beleg über den Zahlungsfluss anzuschließen (z.B.: Kontoauszug). Bei Sammelüberweisungen ist bei der chronologisch ersten Rechnung der Kontoauszug vorzulegen und bei allen anderen Rechnungen, die mit der gleichen Sammelüberweisung bezahlt wurden, eine Kopie anzuschließen; die Kopie hat auf das Original zu verweisen.

(b) Für die Anerkennung von Personalausgaben sind als Belege für die ausbezahlten Bruttolöhne folgende Aufzeichnungen/Unterlagen vorzulegen:

1. Der Dienstvertrag inkl. aller relevanten Änderungen und Zusätze und das Jahreslohnkonto. Details zur Berechnung **anteiliger** Personalausgaben siehe § 20 Abs. 2 des Teiles II „Allgemeine Vertragsbestimmungen“.

2. Bankkontoauszug (Überweisungsbeleg), der den Zahlungsfluss der Gehalts-/Lohnzahlungen an die Projekt-/Vorhabensmitarbeiterinnen/an die Projekt-/Vorhabensmitarbeiter dokumentiert (für den Projekt-/Vorhabenzeitraum).

(c) Die **Dienstgeberinnenabgaben/Dienstgeberabgaben** und die **U-Bahnabgabe** sind in der Belegliste Personalkosten betraglich auszuweisen. Der Zahlungsfluss an Gebietskrankenkasse, Finanzamt und Stadtkasse ist mit Berechnungsgrundlage und Bankkontoauszug (Überweisungsbeleg) für einen Monat des Projekt-/Vorhabenzeitraums nachzuweisen.

(d) Overheadkosten/Verwaltungsgemeinkosten

Overheadkosten/Verwaltungsgemeinkosten werden grundsätzlich nur im Ausmaß von maximal 5 % der Förderungssumme anerkannt. Bei diesen Overheadkosten/Verwaltungsgemeinkosten handelt es sich um reale projekt-/vorhabenbezogene Ausgaben, **welche keine Kosten enthalten, die in einen anderen Posten des Finanzplanes für die Erfüllung des Projekts/Vorhabens** aufgenommen wurden, die nicht als direkte Kosten verbucht werden können und nicht aus anderen Quellen finanziert oder gefördert werden.

Unter dieser Kostenposition können nur folgende Ausgaben - unabhängig davon, ob sie intern erbracht oder extern zugekauft werden – anteilmäßig berücksichtigt werden: Geschäftsführung, Lohnverrechnung, Controlling, Buchhaltung, zentrale Verwaltung, anteilmäßige Kosten für Betriebsrätinnen/Betriebsräte, Arbeitsmedizinerinnen/Arbeitsmediziner und Sicherheitsvertrauenspersonen, IT-Kosten (Zentrale EDV-Abteilung, z.B. Instandhaltungskosten, Wartungen) und Kosten für Leistungen, die der jeweiligen Maßnahme nicht direkt zugeordnet werden können.

zu GZ.

Für diese Ausgabenpositionen sind eine Aufstellung der einzelnen Rechnungen sowie der anteilige Prozentsatz mit dem sie das gegenständliche Projekt/Vorhaben belasten anzuschließen.

Das Sozialministerium behält sich die Einsichtnahme in die Originalbelege oder die nachträgliche Vorlage der Originalbelege zur Prüfung der durch eine Kostenaufstellung nachzuweisenden Overhead/Verwaltungsgemeinkosten vor.

(e) Umsatzsteuer

Die auf die Kosten der förderbaren Leistung entfallende Umsatzsteuer ist grundsätzlich keine förderbare Ausgabe; sofern diese Umsatzsteuer aber nachweislich tatsächlich und endgültig von der Förderungsnehmerin/vom Förderungsnehmer zu tragen ist, da für sie/ihn keine Vorsteuerabzugsberechtigung besteht, kann sie als förderbarer Kostenbestandteil berücksichtigt werden.

Die - auf welche Weise auch immer - rückforderbare Umsatzsteuer ist auch dann nicht förderbar, wenn sie die Förderungsnehmerin/der Förderungsnehmer tatsächlich nicht zurückerhält.

Sollte eine Förderung seitens des Finanzamtes wegen des Vorliegens einer nach dem Umsatzsteuergesetz 1994, BGBl. Nr. 663/1994, in der jeweils geltenden Fassung, steuerbaren und steuerpflichtigen Leistung der Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers an das Sozialministerium nicht als Förderung, sondern als Auftragsentgelt angesehen werden und dafür von der Förderungsnehmerin/vom Förderungsnehmer eine Umsatzsteuer an das Finanzamt abzuführen sein, ist das Auftragsentgelt als Bruttoentgelt anzusehen. Eine zusätzliche, gesonderte Abgeltung der Umsatzsteuer - aus welchem Rechtsgrund immer - ist somit ausgeschlossen.

(f) Amortisation

Überschreitet die Amortisationsdauer einer Sache (§ 285 ABGB), die zur Durchführung des geförderten Projekts/Vorhabens angeschafft wird, den Zeitraum des Projekts/Vorhabens, wird maximal jener Kostenanteil gefördert, der der **Abschreibung** nach dem Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400/1988, in der jeweils geltenden Fassung, für den Projekt-/Vorhabenszeitraum entspricht.

§ 20

Erläuterungen zu den förderbaren Kosten

Förderbar sind nur jene Kosten, die unmittelbar mit dem geförderten Projekt/Vorhaben in Zusammenhang stehen, im Rahmen der Abrechnung anerkannt werden und in jenem Ausmaß, als sie zur Erreichung des Förderungszieles unbedingt erforderlich sind.

(1) Personalkosten

Die Personalkosten für Projekt-/Vorhabensmitarbeiterinnen/Projekt-/Vorhabensmitarbeiter sind nur insoweit förderbar, als sie das Gehaltsschema des Bundes für vergleichbare Bundesbedienstete nicht übersteigen (hinsichtlich Reisekosten siehe auch Absatz 5).

Grundsätzlich sind nur die tatsächlich ausbezahlten Personalkosten förderfähig. Zulagen, freiwillige Sozialleistungen, Prämien und ähnliche Leistungen werden nicht gefördert. Mehrdienstleistungen sind grundsätzlich nur dann förderbar, wenn sie im Rahmen der Förderungsgewährung (§ 2) bewilligt wurden.

Die maximal **förderbaren Jahreslohnkosten (inkl. sämtlicher Dienstgeberabgaben)** basieren auf einer **Arbeitszeit von 40 Stunden pro Woche**. Die nachgewiesenen tatsächlichen Personalkosten sind **pro Jahresarbeitsplatz** auf Basis einer Vollbeschäftigung bis zu den folgenden **Höchstbeträgen** förderbar:

Verwendungsgruppe v1/A	
Projekt-/Vorhabensleiterin/Projekt-/Vorhabensleiter,	EUR 106.487,-
Verwendungsgruppe v1/A	
qualifizierte Sachbearbeiterin/qualifizierter Sachbearbeiter	EUR 76.739,-
Verwendungsgruppe v2/B	
qualifizierte Sachbearbeiterin/qualifizierter Sachbearbeiter	EUR 62.371,-
Verwendungsgruppe v2/B	
Sachbearbeiterin/Sachbearbeiter	EUR 53.571,-
Verwendungsgruppe v3/C	
Sachbearbeiterin/Sachbearbeiter	EUR 45.573,-
Verwendungsgruppe v4/D	
Schreibkraft	EUR 37.587,-

Bei Förderungen über einen mehrjährigen Zeitraum werden die nachgewiesenen tatsächlichen Kosten bis zu den jeweils für das konkrete Jahr geltenden Höchstbeträgen abgegolten.

(2) Zeitaufwand

zu GZ.

Der dem Projekt/Vorhaben zuzuordnende Zeitaufwand der betroffenen Projekt-/Vorhabensmitarbeiterinnen/Projekt-/Vorhabensmitarbeiter (auch der leitenden Angestellten des Vereines) ist zu erfassen. Das Sozialministerium ist im Rahmen der Abrechnung berechtigt, stichprobenartig diese Aufzeichnungen anzufordern.

In jenen Fällen, in denen Personal nur teilweise im Projekt/Vorhaben verwendet wird und daneben entweder in anderen geförderten Projekten/Vorhaben oder in nicht geförderten Bereichen der Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers arbeitet, müssen zuschussfähige Personalkosten von projekt-/vorhabensbeteiligten Personen wie folgt nachgewiesen werden:

- Angabe der Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers über das Ausmaß des im Rahmen des Projektes/Vorhabens beteiligten Personals in Relation zur Gesamtarbeitszeit im Rahmen der Personalkostenabrechnung (Beilage 3); das Gesamtvolumen der Arbeitszeit muss glaubhaft sein und bedarf v.a. dann einer plausiblen Begründung, wenn es deutlich über oder unter der Normalarbeitszeit liegt.
- Ermittlung eines durchschnittlichen Stundensatzes für jede der projekt-/vorhabensbeteiligten Personen durch Teilung der gesamten Personalkosten (Gehalt inkl. allfälliger Überstundenentgelte und Sozialabgaben) durch die gesamten Jahresleistungsstunden (inkl. allfälliger Überstunden); das heißt, allfällige Überstundenentgelte dürfen einem Projekt/Vorhaben nur aliquot und nicht zur Gänze oder überproportional zugerechnet werden.

(3) Projekt-/Vorhabensmitarbeiterinnen/Projekt-/Vorhabensmitarbeiter mit personenbezogenen Förderungen

Falls mit der Projekt-/Vorhabensdurchführung auch Dienstnehmerinnen/Dienstnehmer mit Behinderungen oder z.B. ältere Dienstnehmerinnen/Dienstnehmer betraut werden, verpflichtet sich die Förderungsnehmerin/der Förderungsnehmer bei den zuständigen Stellen (Arbeitsmarktservice, Sozialministeriumservice, Gemeinde, Sozialversicherungsträger etc.) entsprechende Förderungsanträge einzubringen und die erhaltenen und zugesagten Förderungen anlässlich der Abrechnung (zahlenmäßige Nachweisung) bekannt zu geben. Die erhaltenen Förderungen reduzieren die gewährte Förderung des Sozialministeriums, sofern diese Einnahmen nicht bereits im Antrag entsprechend berücksichtigt wurden.

(4) Ersatzeinstellungen

Gegen die Ersatzeinstellung neuer Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter für ausscheidende Projekt-/Vorhabensmitarbeiterinnen/Projekt-/Vorhabensmitarbeiter gleicher Qualifikation besteht kein Einwand, sofern mit dem kalkulierten Personalbudget das Auslangen gefunden wird. Über die Einstellung neuer Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter und über deren Qualifikation ist das Sozialministerium unverzüglich zu informieren.

zu GZ.

Von der Förderungsnehmerin/Vom Förderungsnehmer sind anlässlich der Vorlage des Nachweises über die Verwendung der gewährten Förderung detaillierte Unterlagen (Beschäftigungszeitraum, -ausmaß, prozentueller Einsatz für das geförderte Projekt/Vorhaben etc.) zu übermitteln. Außerdem sollen diese Unterlagen hinsichtlich der Ersatzeinstellungen u. a. Informationen zur Schul- und Berufslaufbahn, zum Tätigkeitsbereich im geförderten Projekt/Vorhaben der Projekt-/Vorhabensmitarbeiterin/des Projekt-/Vorhabensmitarbeiters beinhalten, sodass vom Sozialministerium eine entsprechende besoldungsrechtliche Einstufung vorgenommen werden kann.

Des Weiteren zieht der **Einsatz von Ausländerinnen/Ausländern**, deren Beschäftigung gemäß den Bestimmungen des **AuslBG** (Ausländerbeschäftigungsgesetz), BGBl. Nr. 218/1975 nicht erlaubt ist, die Rückzahlung von Förderungen aus Mitteln des Bundes (einschließlich der verwalteten Mittel der EU) nach sich (siehe dazu auch § 22).

(5) Reisekosten

Die Förderung von Reisekosten erfolgt gemäß den Bestimmungen der Reisegebührenvorschrift 1955 (kurz RGV), BGBl. Nr. 133/1955, in der jeweils geltenden Fassung, bis zu jener Höhe, wie sie vergleichbaren Bundesbediensteten zustehen.

(a) Fahrtkosten

In Fällen, in denen die Benützung eines privaten Fahrzeuges ökonomisch zweckmäßig erscheint (bei erheblicher Zeitverzögerung durch Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder bei Einsparung von Nächtigungsgebühren etc.) kann das amtliche Kilometergeld verrechnet werden. In diesem Fall sind auf dem Beleg die maßgebenden Gründe anzuführen.

(b) Nächtigungskosten

Wird infolge einer Behinderung mit den in der Reisegebührenvorschrift 1955, BGBl. Nr. 133/1955, in der jeweils geltenden Fassung, festgelegten Nächtigungsgebühren nicht das Auslangen gefunden, können nachgewiesene Nächtigungskosten bis zu einem Höchstbetrag von EUR 116,- gefördert werden. Die behinderungsbedingte Notwendigkeit der Überschreitung der Nächtigungsgebühren lt. Reisegebührenvorschrift 1955 ist jedenfalls glaubhaft zu machen (die maßgeblichen Umstände sind auf dem Verwendungsnachweis entsprechend zu vermerken).

Nächtigungskosten bis zur angeführten Höhe können nur anerkannt werden, wenn die Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers vorerst für seine Unterkunft und Verpflegung selbst aufkommen muss. Für die Verpflegung wird eine Tagesgebühr lt. Reisegebührenvorschrift 1955, wie sie Bundesbediensteten zusteht, anerkannt.

zu GZ.

- (c) Bereitstellung von Unterkunft und Verpflegung durch die Förderungsnehmerin/den Förderungsnehmer.

Wird einer Teilnehmerin/einem Teilnehmer an einer mindestens 5 Unterrichtseinheiten (zumindest je 50 Minuten) dauernden Veranstaltung (Seminar, Schulung etc.) von der Förderungsnehmerin/vom Förderungsnehmer Unterkunft und Verpflegung kostenlos zur Verfügung gestellt, gebühren ihr/ihm keine Tages- und Nächtigungskosten.

Die von der Förderungsnehmerin/vom Förderungsnehmer getragenen Kosten der Veranstaltung für Unterkunft und Verpflegung werden pro Teilnehmerin/Teilnehmer und Tag bis zu folgenden **Höchstsätzen** (= Bruttobeträge) anerkannt:

- | | |
|------------------------------|-----------|
| • Vollpension mit Nächtigung | EUR 96,80 |
| • Halbpension mit Nächtigung | EUR 85,60 |
| • Nächtigung mit Frühstück | EUR 74,40 |

Mit diesen Höchstsätzen sind auch Pausengetränke und diverse Abgaben etc. abgegolten.

Sofern von der Vermieterin/vom Vermieter in der **Rechnung** das Entgelt für die Beistellung des Seminarraumes samt technischer Ausstattung **gesondert ausgewiesen** wird, werden diese nachgewiesenen Zusatzkosten neben den oben angeführten Höchstbeträgen als förderbar anerkannt.

(6) Leasing

Förderbar im Zusammenhang mit der Nutzung von **Leasinggegenständen** zur Durchführung des förderungswürdigen Projekts/Vorhabens ist das fällige Leasingentgelt, wobei maximal vom Nettohandelswert des Leasinggegenstandes unter Bedachtnahme auf die Dauer des Projekts/Vorhabens und Berücksichtigung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer des Leasinggegenstandes auszugehen ist. Voraussetzung dafür ist, dass die Förderungsnehmerin/der Förderungsnehmer auch die Leasingnehmerin/der Leasingnehmer ist.

(7) Werkverträge

(a) Vortragende

Aufwendungen für Werkverträge werden bis zu folgenden Höchstbeträgen anerkannt:

- Honorarnoten für Vortragende: maximal EUR 162,50 zuzüglich USt. pro Vortragsstunde (damit ist auch die Vor- und Nachbereitungszeit abgegolten).
- Vergütung der Reisekosten des öffentlichen Verkehrsmittels (Bahn 2. Klasse) oder amtliches Kilometergeld.

zu GZ.

- Vergütung der nachgewiesenen Nächtigungskosten in der Höhe von maximal EUR 105,- pro Nacht.

(b) Administration und Organisation

Für administrative und organisatorische Tätigkeiten von Projekt-/Vorhabensmitarbeiterinnen/Projekt-/Vorhabensmitarbeitern, die auf Werkvertragsbasis erbracht werden, gelten folgende Höchstbeträge (inkl. sämtlicher Dienstgeberabgaben):

Verwendungsgruppe v1/A	
Projekt-/Vorhabensleiterin/ Projekt-/Vorhabensleiter	EUR 63,39 pro Stunde
Verwendungsgruppe v1/A	
qualifizierte Sachbearbeiterin/qualifizierter Sachbearbeiter	EUR 45,68 pro Stunde
Verwendungsgruppe v2/B	
qualifizierte Sachbearbeiterin/qualifizierter Sachbearbeiter	EUR 37,13 pro Stunde
Verwendungsgruppe v2/B	
Sachbearbeiterin/Sachbearbeiter	EUR 31,89 pro Stunde
Verwendungsgruppe v3/C	
Sachbearbeiterin/Sachbearbeiter	EUR 27,13 pro Stunde
Verwendungsgruppe v4/D	
Schreibkraft	EUR 22,37 pro Stunde

(c) Gebärdensprachedolmetscherleistungen

Honorarnoten für Gebärdensprachedolmetscherleistungen werden mit maximal EUR 29,- zuzüglich USt. pro halbe Stunde Dolmetschertätigkeit und EUR 25,- zuzüglich USt. pro Stunde Zeitversäumnis anerkannt.

(d) externe Dienstleister:

Für Stundensätze von Rechtsanwälten, Steuerberatern und sonstigen vergleichbaren extern zugekauften Dienstleistungen gilt ein Stundensatz von EUR 225,- zuzüglich USt. als maximal förderbare Obergrenze.

§ 21

Nicht förderbare Kosten

Kosten, die nicht unmittelbar mit dem geförderten Projekt/Vorhaben in Zusammenhang stehen, sind nicht förderbar.

(1) Von der Förderung grundsätzlich ausgeschlossen sind die Ausgaben für folgende **Sachkosten**:

- Kauf von Möbeln, Betriebsmitteln, Fahrzeugen, Infrastruktur, Liegenschaften, Gebäude, Gebäudeteile sowie Renovierungsarbeiten, d.h. Anschaffungs- oder Herstellungskosten

von Wirtschaftsgütern im Sinne des § 7 des Einkommensteuergesetzes 1988, deren Verwendung oder Nutzung sich auf einen Zeitraum von mehr als einem Jahr erstreckt (abnutzbares Anlagevermögen) und die den Wert für geringwertige Wirtschaftsgüter nach § 13 des Einkommensteuergesetzes 1988 in der jeweils geltenden Fassung (derzeit EUR 800,- excl. USt.) überschreiten. Diese können lediglich in Höhe der Absetzung für Abnutzung gefördert werden. Nicht förderbar sind Abschreibungskosten für Gebäude.

- Ausgaben, Steuern und Abgaben, die an Dritte weiterverrechnet und damit nicht vom Projektträger getragen werden.
- Ausgaben, die nicht eindeutig dem Projekt oder der Zielsetzung des Vorhabens zurechenbar sind (z.B. Rechnungen, die auf eine andere Person/Institution lauten oder nicht von der Förderungsnehmerin/vom Förderungsnehmer bezahlt wurde sowie Kaffeegeschirr, Blumen, Geschenke, Alkoholika, Rauchwaren und Trinkgelder).
- Subaufträge, die die Kosten der Durchführung ohne erkennbaren Zusatznutzen für das Vorhaben erhöhen.
- Kalkulatorische Unternehmerlöhne.
- Maklergebühren und Provisionen.
- Repräsentationsausgaben und interne Arbeitsessen.
- Sollzinsen und sonstige Finanzierungskosten.
- Nicht bezahlte Rechnungen, Schadenersatzforderungen, Garantieleistungen, Skonti, Rabatte etc.
- erstattungsfähige Umsatzsteuer.
- Bußgelder und Geldstrafen.

(2) Von der Förderung ausgeschlossen sind folgende Ausgaben für Personalkostenanteile:

- Sozialleistungen aus familiären Anlässen (z.B. Hochzeitsgeld, Geburtsgeld, etc.) oder Betriebsjubiläen.
- Erfolgsprämien, Jubiläumsgelder, Bilanzgelder und ähnliche Zulagen, auch wenn es der Kollektivvertrag ermöglichen würde (fehlende Projektrelevanz).
- Freiwillige Sozialleistungen, die nicht in dem, dem Dienstvertrag zu Grunde liegenden Kollektivvertrag festgeschrieben sind (Zulagen, Prämien und ähnliche Leistungen).
- Abfertigungsrückstellungen. Dienstverhältnisse, deren vertraglich vereinbarter Beginn nach dem 31.12.2002 liegt, unterliegen dem Betrieblichen Mitarbeitervorsorgegesetz.
- Zeiten von Mutterschutz, Karenz, Langzeitkrankenstände oder Präsenzdienst.
- Sachbezüge.
- Überstundenpauschalen.
- Auszahlungen von Urlaubsabfindungen.

(3) Förderungsmittel des Bundes dürfen **nicht** zur Bildung von **Rücklagen** oder **Rückstellungen** nach dem Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400/1988, in der jeweils geltenden Fassung, **verwendet** werden.

§ 22

Einstellung und Rückzahlung der Förderung

(1) Die Förderungsnehmerin/Der Förderungsnehmer hat - unter Vorbehalt der Geltendmachung weitergehender gesetzlicher Ansprüche und einer Rückzahlungsverpflichtung gemäß § 30b AuslBG - die Förderung über Aufforderung des Sozialministeriums, der von dieser/diesem beauftragten Abwicklungsstelle oder eines Organs der EU sofort zurückzuerstatten, wobei ein noch nicht zurückgezahltes Förderungsdarlehen sofort fällig gestellt wird und der Anspruch auf zugesicherte und noch nicht ausbezahlte Förderungsmittel erlischt, wenn insbesondere

1. Organe oder Beauftragte des Bundes oder der EU von der Förderungsnehmerin/dem Förderungsnehmer über wesentliche Umstände unrichtig oder unvollständig unterrichtet worden sind,
2. von der Förderungsnehmerin/dem Förderungsnehmer vorgesehene Berichte nicht erstattet oder Nachweise nicht erbracht oder erforderliche Auskünfte nicht erteilt worden sind, sofern in diesen Fällen eine schriftliche, entsprechend befristete und den ausdrücklichen Hinweis auf die Rechtsfolge der Nichtbefolgung enthaltende Mahnung erfolglos geblieben ist, sowie sonstige in diesem Vertrag vorgesehenen Mitteilungen unterlassen wurden,
3. die Förderungsnehmerin/der Förderungsnehmer nicht aus eigener Initiative unverzüglich - jedenfalls noch vor einer Kontrolle oder deren Ankündigung - Ereignisse meldet, welche die Durchführung des geförderten Projekts/Vorhabens verzögern, erschweren oder unmöglich machen oder deren Abänderung erfordern würde,
4. wenn bei der Förderungsnehmerin/dem Förderungsnehmer die Einstellung oder Stilllegung des Betriebes erfolgt, geförderte Investitionsgüter veräußert oder mittels sonstigen Rechtsgeschäfts übertragen werden,
5. die Förderungsnehmerin/der Förderungsnehmer vorgesehene Kontrollmaßnahmen, insbesondere auch eine Transparenzportalabfrage be- oder verhindert oder die Berechtigung zur Inanspruchnahme der Förderung innerhalb des für die Aufbewahrung der Unterlagen vorgesehenen Zeitraumes nicht mehr überprüfbar ist,
6. die Förderungsmittel von der Förderungsnehmerin/dem Förderungsnehmer ganz oder teilweise widmungswidrig verwendet worden sind,
7. das Projekt/Vorhaben von der Förderungsnehmerin/dem Förderungsnehmer nicht oder nicht rechtzeitig durchgeführt werden kann oder durchgeführt worden ist,
8. von der Förderungsnehmerin/dem Förderungsnehmer das Abtretungs-, Anweilungs-, Verpfändungs- und sonstige Verfügungsverbot gemäß § 15 nicht eingehalten wurden,
9. die Bestimmungen des Gleichbehandlungsgesetzes von einem geförderten Unternehmen nicht beachtet wurden,
10. das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz oder das Diskriminierungsverbot gemäß §§ 7b ff BEinstG (Behinderteneinstellungsgesetz) nicht berücksichtigt wird,

zu GZ.

11. der Förderungsnehmerin/dem Förderungsnehmer obliegende Publizitätsmaßnahmen gemäß § 24 nicht durchgeführt werden (nur bei EU-Förderungsmitteln),
12. von Organen der EU die Aussetzung und/oder Rückforderung verlangt wird,
13. die Förderungsnehmerin/der Förderungsnehmer die personenbezogenen Daten, die für die Anbahnung und Durchführung des Förderungsvertrages erforderlich sind oder zu deren Erhebung das Sozialministerium gesetzlich verpflichtet ist, nicht bereitstellt oder
14. sonstige Förderungsvoraussetzungen, Bedingungen oder Auflagen, insbesondere solche, die die Erreichung des Förderungszweckes sichern sollen, oder die Mitteilungspflicht von der Förderungsnehmerin/vom Förderungsnehmer nicht eingehalten wurden.

(2) Anstelle der in Abs. 1 vorgesehenen gänzlichen Rückforderung kann eine bloß teilweise Einstellung oder Rückzahlung der Förderung erfolgen, wenn

- a) die von der Förderungsnehmerin/vom Förderungsnehmer übernommenen Verpflichtungen teilbar sind und die teilweise Durchführung für sich allein förderungswürdig ist,
- b) kein Verschulden der Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers am Rückforderungsgrund vorliegt und
- c) für das Sozialministerium die Aufrechterhaltung des Förderungsvertrages weiterhin zumutbar ist.

(3) Es erfolgt eine Verzinsung des Rückzahlungsbetrages vom Tage der Auszahlung der Förderung an mit 4% pro Jahr. Liegt dieser Zinssatz unter dem von der EU für Rückforderungen festgelegten Zinssatz wird dieser herangezogen.

(4) Nach ordnungsgemäßer Durchführung und Abrechnung des geförderten Projekts/Vorhabens sind nicht verbrauchte Förderungsmittel unter Verrechnung von Zinsen in der Höhe von 2 Prozentpunkten über dem jeweils geltenden Basiszinssatz pro Jahr ab dem Tag der Auszahlung der Förderung unverzüglich zurückzuzahlen.

(5) Im Fall eines **Verzuges bei der Rückzahlung** der Förderung erfolgt die Verrechnung von Verzugszinsen **für Unternehmen** im Ausmaß von 9,2 Prozentpunkten über dem jeweils geltenden Basiszinssatz pro Jahr ab Eintritt des Verzugs, **andernfalls** mit 4 Prozentpunkten über dem jeweils geltenden Basiszinssatz der österreichischen Nationalbank, mindestens jedoch 4 %. Der Basiszinssatz, der am ersten Kalendertag eines Halbjahres gilt, ist für das jeweilige Halbjahr maßgeblich.

§ 23

Rückerstattung bei Gewinnerzielung

Die Förderungsnehmerin/Der Förderungsnehmer hat die Höhe des unmittelbar oder mittelbar erzielten Gewinns (Überschusses) aus dem Projekt/Vorhaben während oder innerhalb von fünf Jahren nach deren Durchführung (z.B. durch gewinnbringende Auswertung des Projekts/Vorhabens) unverzüglich dem Sozialministerium anzuzeigen und diesem auf dessen Verlangen bis zur Höhe der erhaltenen Förderung am Gewinn (Überschuss) zu beteiligen.

§ 24

Publizitätsvorschriften bei Förderungen aus EU-Mitteln

Die Förderungsnehmerin/Der Förderungsnehmer nimmt zur Kenntnis, dass ihr/sein Name sowie die Höhe der gewährten EU-Förderungsmittel nach Maßgabe der jeweils geltenden unionsrechtlichen Vorschriften veröffentlicht werden.

§ 25

Immaterialgüterrechte *

Die Nutzungsrechte an den Daten/Ergebnissen/Berichten, die im Rahmen der gegenständlichen Förderung erstellt wurden, liegen sowohl beim Sozialministerium als auch bei der Förderungsnehmerin/dem Förderungsnehmer.

Eine Publikation der Ergebnisse durch die Förderungsnehmerin/den Förderungsnehmer bedarf zu jedem Zeitpunkt der schriftlich zu erteilenden Zustimmung des Sozialministeriums.

* falls zutreffend

§ 26

Mitwirkung an der Evaluierung

Die Förderungsnehmerin/Der Förderungsnehmer hat an der vom Sozialministerium durchzuführenden Evaluierung der Förderung oder des Förderungsprogrammes mitzuwirken. Die Förderungsnehmerin/Der Förderungsnehmer hat dem Sozialministerium oder der vom Sozialministerium für die Durchführung der Evaluierung beauftragten Stelle die für die Evaluierung erforderlichen Daten zu übermitteln und Auskünfte zu erteilen, die von dieser Stelle für Zwecke der Evaluierung der Förderung oder des Förderungsprogrammes angefordert werden. Weitere Details werden im Anlassfall gesondert vereinbart.

§ 27

Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden oder sich als undurchführbar erweisen, so wird hierdurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht berührt. An der Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der wirtschaftlichen Zielsetzung am nächsten kommen, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist. Sofern die Auslegung aus rechtlichen Gründen unzulässig ist, verpflichten sich die Vertragspartner, dementsprechend ergänzende Vereinbarungen zu treffen. Im Falle der Nichtvereinbarung gelten subsidiär die einschlägigen gesetzlichen Regelungen jeweils zum Zeitpunkt der Durchführung des Projekts/Vorhabens.

zu GZ.

§ 28 Verpflichtungserklärung

Die Förderungsnehmerin/der Förderungsnehmer verpflichtet sich durch **rechtsgültige Unterfertigung** dieses Förderungsvertrages und der „Allgemeinen Vertragsbestimmungen“ diese Bestimmungen vorbehaltlos zu erfüllen.

Die Förderungsnehmerin/Der Förderungsnehmer nimmt zur Kenntnis, dass die missbräuchliche Verwendung von Förderungsmitteln strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen kann.

Mit der Unterschrift unter diesen Förderungsvertrag bestätigt die Förderungsnehmerin/der Förderungsnehmer gleichzeitig, die angeführten Vertragsbestandteile übernommen und deren Inhalt zustimmend zur Kenntnis genommen zu haben.

Die Förderungsnehmerin/Der Förderungsnehmer:

.....,
(Ort)

am
(Datum)

.....
1. Unterschrift

.....
(Name in Blockbuchstaben)

.....
2. Unterschrift

.....
(Name in Blockbuchstaben)

Rechtsgültige Unterfertigung
(bei Vereinen: Vereinsstampiglie und
Unterschrift der gemäß Vereinsregister
zeichnungsberechtigten Organe)

zu GZ.

Beilagen

Beilage: „**Finanzplan/Detailliste zu § 2 des I. Teiles des Förderungsvertrages**“

Beilage: „**Datenverarbeitungsauskunft**“

Beilage: „**Projekt-/Vorhaben-/Zwischenabrechnung**“

Beilage: „**Beleglisten-Nr. (für Personal- und Sachaufwand)**“

Anmerkung:

Ausfüllbare Dateien sind im Freiwilligenweb unter www.freiwilligenweb.at > Service > Downloads verfügbar!

zu GZ.

Beilage Information zur Datenverarbeitung (Datenverarbeitungsauskunft)

Das Sozialministerium verarbeitet im Zusammenhang mit der Durchführung des gegenständlichen Förderungsvertrages personenbezogene Daten der Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers. Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf solche personenbezogene Daten, die entweder unmittelbar in den Anwendungsbereich der DSGVO oder unter den Schutz des DSG fallen. Gemäß Art 13 und 14 DSGVO erteilt das Sozialministerium die nachstehenden Informationen. Diese Beilage ist integraler Bestandteil des Förderungsvertrages.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:

Das Sozialministerium ist alleiniger Verantwortlicher für die Verarbeitung im Rahmen der Förderungsgewährung und Abwicklung des Förderungsvertrages anfallenden personenbezogenen Daten.

Datenschutzbeauftragte sind:

Mag. Florian Reininger, 1010 Wien, Stubenring 1,
florian.reininger@sozialministerium.at.

Mag. Eva-Maria Pfandlsteiner, LL.M, 1030 Wien, Radetzkystraße 2 ,
eva-maria.pfandlsteiner@gesundheitsministerium.gv.at

2. Arten von personenbezogenen Daten und deren Quelle:

Es werden grundsätzlich jene personenbezogenen Daten verarbeitet, welche das Sozialministerium aufgrund des Förderungsantrags oder der Berichte und Nachweise der Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers erhalten hat. Zu den personenbezogenen Daten zählen insbesondere Personalien der Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers und am Projekt/Vorhaben mitwirkender natürlicher Personen (Name, Adresse, Kontaktdaten, Geburtstag etc.), Legitimationsdaten (Ausweis), Kontoverbindung, Vermögenslage, Befähigungsnachweise, Daten zum förderbaren Projekt/Vorhaben, Dokumentationsdaten (insbesondere Dokumentation der Fördervergabe wie z.B. Einlangen des Förderungsantrag, Gutachten zur Vorbereitung der Förderungsentscheidung, Begründung der Förderungsentscheidung; Dokumentation von Kontrollen oder von der Abnahme des Verwendungsnachweises), Korrespondenzdaten, Verarbeitungsergebnisse, die das Sozialministerium selbst generiert (z.B. Evaluierungsdaten und Evaluierungsergebnisse; aktenmäßige Archivierung), sowie personenbezogene Daten, die für die Erfüllung gesetzlicher Anforderungen (wie z.B. Daten für die Erstellung des Förderungsberichtes, Daten des Förderungsvertrages inklusive Förderungsantrag im Rahmen der Einvernehmensherstellung mit der Bundesministerin für Finanzen/dem Bundesminister für Finanzen sowie zur Rechnungshofkontrolle) erforderlich sind. Weiters werden durch Transparenzportalabfragen gemäß § 32 Abs. 5 TDBG 2012 und allenfalls auch durch Rückfragen bei anderen

zu GZ.

Förderungsstellen erhoben, ob die Förderungsnehmerin/der Förderungsnehmer Förderungen erhalten hat oder eine Förderungsgewährung beabsichtigt ist. Werden von einer Förderungsstelle Förderungen gewährt oder ist eine Förderungsgewährung beabsichtigt, werden weitere personenbezogene Daten wie insbesondere zur Förderungshöhe und zum Förderungsgegenstand erhoben. Diese personenbezogenen Daten werden auf Anfrage auch anderen Förderungsstellen mitgeteilt.

3. Rechtsgrundlagen und Zwecke für die Verarbeitung:

(a) Zur Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen (Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO): Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zur Anbahnung und Abwicklung von Förderungsverträgen sowie aller damit in Verbindung stehenden Kontrolltätigkeiten.

(b) Zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen (Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO): Die Verarbeitung personenbezogener Daten kann zum Zweck der Erfüllung von Verpflichtungen durch Gesetz (z.B. Bundeshaushaltsgesetz 2013 iVm ARR 2014, Rechnungshofgesetz oder unionrechtliche Regelungen), welchen das Sozialministerium unterliegt, erforderlich sein.

(c) Zur Wahrung berechtigter Interessen (Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO): In den folgenden Fällen erfolgt eine Verarbeitung personenbezogener Daten zur Wahrung berechtigter Interessen:

- Datenaustausch mit Auskunftsteilen (z.B. Österreichischer Kreditschutzverband 1870) und Organen und Beauftragten anderer förderungsgewährender Stellen
- Im Rahmen der Rechtsverfolgung.

Gegen Verarbeitungen gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO steht ein Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DSGVO zu.

4. Adressatenkreis der personenbezogenen Daten

Innerhalb der Einrichtungen des Sozialministeriums erhalten diejenigen Abteilungen bzw. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jene personenbezogenen Daten, welche diese zur Erfüllung vertraglicher und rechtlicher Verpflichtungen sowie zur Wahrung berechtigter Interessen benötigen. Darüber hinaus erhalten allenfalls vom Bund oder der Abwicklungsstelle beauftragte Auftragsverarbeiter (z.B. IT-Dienstleister) personenbezogene Daten, sofern diese die Daten zur Erfüllung ihrer jeweiligen Leistung benötigen.

Weiters werden personenbezogene Daten an die Transparenzdatenbank übermittelt. Darüber hinaus können öffentliche Stellen und Institutionen (z.B. Bundesministerium für Finanzen im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen auf der Grundlage des Bundeshaushaltsgesetzes 2013, Rechnungshof, Finanzprokuratur, EU, andere förderungsgewährende Stellen (insbesondere jene, die im Förderungsantrag von der Förderungsnehmerin/vom Förderungsnehmer genannt wurden) personenbezogene Daten erhalten.

zu GZ.

Im Bedarfsfall werden die für die Durchsetzung oder Abwehr von Rechtsansprüchen im Zusammenhang mit der Abwicklung der Förderungsvergabe oder des Förderungsvertrages notwendigen Daten an Gericht, Verwaltungsbehörden und Rechtsvertreter des Förderungsgebers übermittelt.

5. Speicherdauer

Die personenbezogenen Daten werden vom Sozialministerium soweit erforderlich, für die gesamte Dauer des Förderungsverhältnisses (von der Anbahnung, Abwicklung bis zur vollständigen Beendigung aller Ansprüche im Zusammenhang mit dem Förderungsvertrag) und darüber hinaus gemäß den gesetzlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich u.a. aus dem Bundeshaushaltsgesetz 2013, der Bundeshaushaltsverordnung 2013, den ARR 2014 oder unionsrechtlichen Vorgaben ergeben, verarbeitet.

6. Datenschutzrechte

Aus der Datenschutz-Grundverordnung ergibt sich für die Förderungsnehmerin/den Förderungsnehmer und andere betroffene natürliche Personen unmittelbar eine Vielzahl von Rechten im Zusammenhang mit seinen personenbezogenen Daten. Die Betroffene/Der Betroffene hat grundsätzlich das Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung der gespeicherten Daten, sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit. Ein Widerspruchsrecht besteht gemäß den Voraussetzungen des Datenschutzrechts.

7. Pflicht zur Datenbereitstellung

Von der Förderungsnehmerin/Vom Förderungsnehmer sind diejenigen personenbezogenen Daten bereitzustellen, die für die Anbahnung und Durchführung des Förderungsvertrages erforderlich sind oder zu deren Erhebung der Förderungsgeber gesetzlich verpflichtet ist. Werden die erforderlichen personenbezogenen Daten von der Förderungsnehmerin/vom Förderungsnehmer nicht bereitgestellt, muss das Sozialministerium den Abschluss des Förderungsvertrages ablehnen. Ebenso wäre ein laufender Förderungsvertrag einzustellen und bereits gewährte Förderungen rückzuzahlen.

zu GZ.

8. Beschwerderecht

Sollte die Förderungsnehmerin/der Förderungsnehmer Anliegen im Zusammenhang mit ihren/seinen personenbezogenen Daten haben, so kann er sich zunächst an den Datenschutzbeauftragten wenden. Ansonsten sind Beschwerden im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten an die

Österreichische Datenschutzbehörde

Barichgasse 40-42, 1030 Wien

Telefon: +43 (0) 1 52152-0

Email: dsb@dsb.gv.at

Website: www.dsb.gv.at

zu richten.

zu GZ.

Beilage:

Projekt-/Vorhaben-/Zwischenabrechnung des Jahres 20xx / Veranstaltungsabrechnung

Förderungsnehmer/in:										
Projekt/Vorhaben:										
auszufüllen von Fördernehmer/in						Sozialministerium				
Förderung für den Zeitraum TT.MM.JJJJ bis TT.MM.JJJJ						auszufüllen von		auszufüllen von (Z/18)/Z/18/4		
von	veranschlagte Projektgesamtkosten	mit Förderungsvertrag vom BMASGK bewilligt	tatsächliche Projektgesamtkosten	davon zur Abrechnung beim BMASGK eingereicht	%	sachlich anerkannt	Korrektur rechnerische Prüfung	rechnerisch anerkannt		
1. Personalkosten in €										
Kostenträger	Projekt-Vorhabenleiter/in (A1)					#DIV/0!	-	-	-	-
	qualifizierte/r Sachbearbeiter/in (A1)					#DIV/0!	-	-	-	-
	qualifizierte/r Sachbearbeiter/in (A2)					#DIV/0!	-	-	-	-
	Sachbearbeiter/in (A2)					#DIV/0!	-	-	-	-
	Sachbearbeiter/in (A3)					#DIV/0!	-	-	-	-
	Schreibkraft (A4)					#DIV/0!	-	-	-	-
Gesamt:		-	-	-	-					
2. Sachkosten in €										
Kostenträger	F Overheadkosten					#DIV/0!	-	-	-	-
	G Honorare/Werkverträge/fr. Dienstverträge					#DIV/0!	-	-	-	-
	F Reisekosten (Hin- und Rückreise)					#DIV/0!	-	-	-	-
	M Mobilitätskosten am Einsatzort					#DIV/0!	-	-	-	-
	S Öffentlichkeitsarbeit					#DIV/0!	-	-	-	-
	H Gesetzliche Sozialversicherung					#DIV/0!	-	-	-	-
	L Zusatzversicherungen					#DIV/0!	-	-	-	-
	J Unterbringungskosten am Einsatzort					#DIV/0!	-	-	-	-
	K Verpflegungskosten am Einsatzort					#DIV/0!	-	-	-	-
	L Telefon/Porto/Internet					#DIV/0!	-	-	-	-
	M Einreise- und Aufenthaltsgenehmigung					#DIV/0!	-	-	-	-
	N Impfungen/Prophylaxen/Gesundheitszeugnisse					#DIV/0!	-	-	-	-
	O Taschengeld					#DIV/0!	-	-	-	-
	P Sprachkurs					#DIV/0!	-	-	-	-
Q sonstige Sachkosten					#DIV/0!	-	-	-	-	
R Investitionen (nicht förderfähig)										
Gesamt:		-	-	-	-					
3. Projektkosten in € (Summe von 1 bis 2)										
Gesamt:		-	-	-	-					
4. Einnahmen/Eigenmittel										
PROJEKTKOSTEN (Position 3)										
abzgl. Einnahmen aus Lieferungen / Dienstleistungen / TN-Beiträgen / Zinsen / Beihilfen gem. § 11(3) Teil II der Allgemeinen Vertragsbestimmungen										
abzgl. Eigenmittel										
SUMME DER FÖRDERFAHIGEN KOSTEN		-								
5. Finanzierung										
SUMME DER FÖRDERFAHIGEN KOSTEN										
Förderung Sozialministerium										
z.B. Förderung Gemeinde xy										
z.B. Förderung Land xy										
sonstige Mittel										
ERGEBNIS		-								

Der/Die Förderungsnehmer/in erklärt, dass er/sie die Angaben zu den Ausgaben und Einnahmen des ggstl. Projekts/Vorhabens richtig und vollständig gemacht hat und sämtliche Belege und Rechnungen im Rahmen dieser Förderung bei keiner anderen Förderstelle eingebracht hat und in Zukunft auch nicht einbringen wird. Dem/Der Förderungsnehmer/in ist bekannt, dass jede vorsätzliche falsche, unvollständige oder unrichtige Auskunft strafbar ist und bestätigt dies mit seiner/Ihrer Unterschrift.

Förderungsnehmerin/Förderungsnehmer
Ort, Datum, Name

Formfelder! Nicht ändern, befüllen etc.!!!

Der inhaltlich/fachliche Bericht über das gegenständliche Projekt/Vorhaben sowie die im Rahmen des Projekts/Vorhabens erzielten Wirkungen/erreichten Ziele ist ohne Formalvorgaben zu verfassen.

